



**Carsten Buehling: Auf Gewerkschafter kommt es an**  
**Leonhard Regneri: Taxonomie ohne Gewerkschaften?**

Beiträge u.a. von

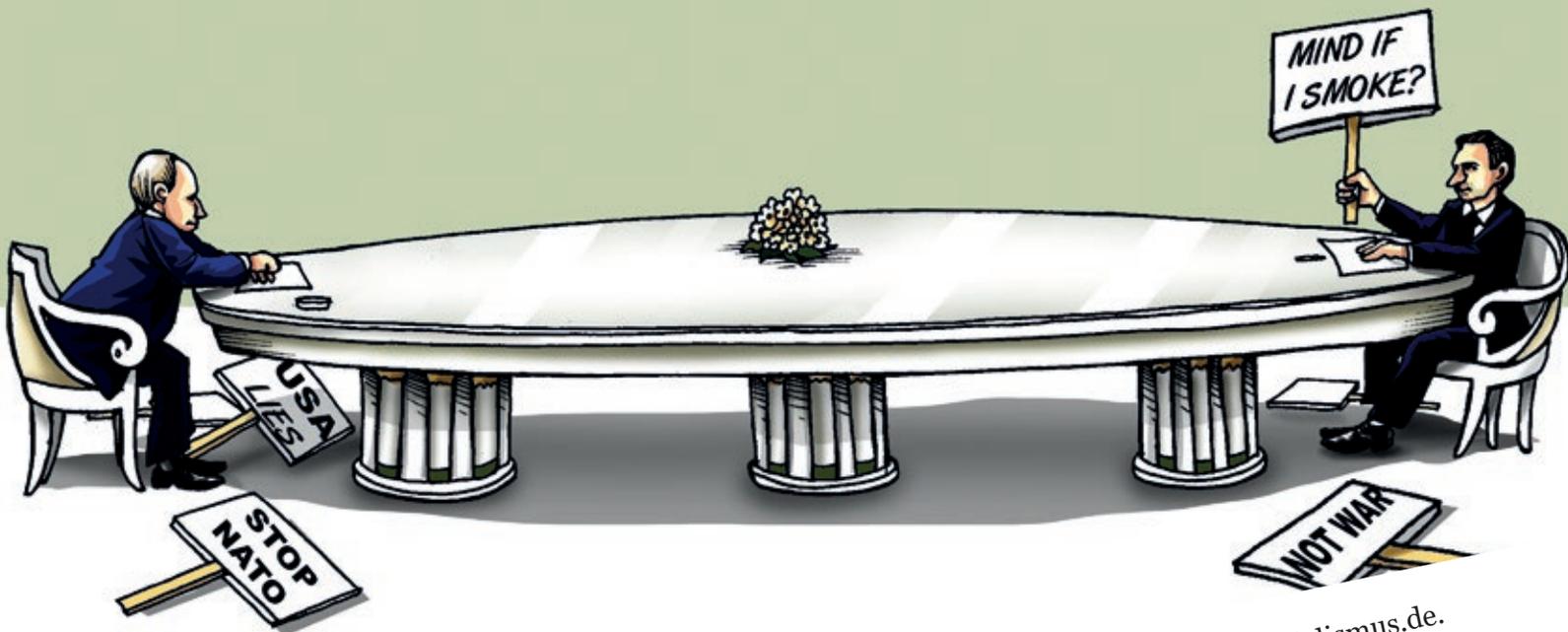
Gine Elsner, Ulrike Eifler, Heinz Bierbaum, Jan Richter, Klaus Busch, Klaus Dörre, Friedrich Steinfeld, Björn Radke, Joachim Bischoff, Bernhard Müller



**Forum Gewerkschaften**



## MISSION: IMPOSSIBLE



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Eingetrübte Aussichten für Wirtschaftswachstum

Die aktuelle Omikron-Welle in der seit zwei Jahren wütenden Pandemie läuft langsam aus. Etliche Staaten nehmen die erlassenen Mobilitätseinschränkungen zurück. Im Jahr 2022 könnte der Übergang in ein epidemisches Stadium der Virus-Erkrankungen erreicht werden.

## Autonomie und politisches Mandat

Die Personalfindung gestaltete sich schwierig und war von heftigen Querelen begleitet. Nach langem Gewürge einigte sich der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf Yasmin Fahimi als Nachfolgerin für den scheidenden Vorsitzenden Reiner Hoffmann.

## Polizeiermittlungen im Amt- sitz des Premierministers

Kratzbüristig wie immer reagierte der britische Premierminister Boris Johnson auf die zahlreichen Rufe aus Politik und Öffentlichkeit nach seinem Rücktritt. Noch toleriert die Tory-Fraktion den ein weiteres Mal als Lügner enttarnten Regierungschef.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Heft Nr. 3 | März 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 470

Friedrich Steinfeld:

Am Rande eines großen Krieges – der Russland-Ukraine-NATO Konflikt  
Kontrollverlust des Westens und europäische Konflikt-Diplomatie . . . . . 2

## Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung

Klaus Busch: Zwischen Supranationalisierung, Re-Nationalisierung und  
»muddling through«. Der Weg der EU in aktuellen Integrationskonflikten . . . . . 6

Wolfgang Müller: VR China: Entwicklungskrise durch Immobilienblase? . . . . . 12

Otto König/Richard Detje: Soziale Aufstände führen zu Machtwechseln  
Eine zweite progressive Welle rollt durch Lateinamerika und die Karibik . . . . . 17

## Politische Kräfteverhältnisse in der Berliner Republik

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Vor einem neuen sozialdemokratischen  
Jahrzehnt? Veränderungen im Alltagsbewusstsein . . . . . 20

Björn Radke: Die CDU bekämpft einen möglichen Politikwechsel  
Vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein . . . . . 27

Klaus Dörre: Sozialer Konflikt um Mobilität und Klimagerechtigkeit . . . . . 34

Heinz Bierbaum/Ulrike Eifler/Jan Richter:  
Der neue Gewerkschaftsrat der LINKEN . . . . . 41

## Forum Gewerkschaften

Carsten Büchling: Auf die gewerkschaftlich Aktiven in den Betriebsräten  
kommt es (auch) an! . . . . . 44

Forum Gewerkschaften: Arbeiten unter erschwerten Bedingungen  
Corona und die Arbeitswelt: Report des DGB-Index Gute Arbeit . . . . . 47

Leonhard Regneri:  
Soziale Standards der ökologischen Transformation ohne Gewerkschaften? . . . 50

Norbert Lenhard: Klassenkampf in Bayern – der Metallarbeiterstreik 1954  
Lehren aus der Geschichte . . . . . 56

## Aufklärung kommt an Grenzen | Buchbesprechung

Gine Elsner:  
Impfgegner und deutsche Besonderheiten . . . . . 59

Hanno Plass:  
Gibt es eine originär afrikanische Architektur? . . . . . 62

## Impressum | Termine | Film

Impressum . . . . . 63  
Tipps zum Hingehen oder Online . . . . . 64  
Klaus Schneider: Legal Affairs (Filmkritik) . . . . . 65

## Supplement

Stephan Krüger

### Geld und Inflation

Vom internationalen Goldstandard zum Zentralbank-Kapitalismus

# Der neue Gewerkschaftsrat der LINKEN

von ■ Heinz Bierbaum, Ulrike Eifler und Jan Richter

DIE LINKE hat endlich einen Gewerkschaftsrat. Die konstituierende Sitzung erfolgte am 28. Januar 2022 und war der Start für eine stärkere Orientierung der Partei auf die Welt der Arbeit. Hintergrund war ein Antrag, den die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in den neuen Parteivorstand eingebracht hatte. Dieser zielte darauf ab, die Gewerkschaftsarbeit der LINKEN zu verstetigen.

Mit Solidaritätskampagnen hat die Partei in den letzten Jahren die Pflegestreiks oder die Tarifrunden im öffentlichen Dienst unterstützt und dafür ihre Mitglieder mobilisiert. Viele beeindruckende Soli-Bündnisse sind dabei entstanden. Doch über die starke Kampa-

gnenorientierung der Partei geriet der Aufbau von Strukturen aus dem Fokus. Aktuell beschränkt sich die gewerkschaftspolitische Struktur der LINKEN auf die BAG Betrieb & Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsorientierung für die gesamte Partei verbindlicher zu machen, war wesentliche Motivation für die Gründung des Gremiums.

## Verhältnis zu Gewerkschaften

In den letzten Jahren haben immer weniger abhängig Beschäftigte der LINKEN ihre Stimme gegeben. Dabei hat DIE LINKE ihre Wurzeln in der historischen Abspaltung eines Teils der Gewerkschaftsbewegung von der SPD. Der

politische Bezugspunkt war die Kritik am rot-grünen Neoliberalismus, der die Schaffung eines deregulierten Arbeitsmarktes im Blick hatte. Anspruch insbesondere der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* (WASG) war es, denjenigen eine politische Interessenvertretung anzubieten, die diese durch die Politik der Agenda 2010 verloren hatten. In der Folge war die parteiinterne Diskussion stark auf eine Kritik an den Hartz-Gesetzen fokussiert.

DIE LINKE bekam in dieser Zeit großen Zuspruch aus den Gewerkschaften und zog mit mehreren hauptamtlichen Gewerkschaftern in den Bundestag ein. Dies gab den Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und der Kritik an der Rente mit 67 parlamentarischen Rückenwind. Mit Klaus Ernst und Bernd Riexinger als Vorsitzenden hatte DIE LINKE zudem seit 2010 durchgehend zwei kämpferische Gewerkschafter an ihrer Spitze. Dennoch zeigen die Analysen zum Wähler\*innenverhalten, dass die Bereitschaft der abhängig Beschäftigten, DIE LINKE zu wählen, in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Inzwischen bekommen nicht nur SPD, CDU und Grüne mehr Stimmen von Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen, sondern auch FDP und AfD. Schlusslicht ist trotz aller Anstrengungen, an der Seite der Beschäftigten zu stehen, DIE LINKE.

Die Entwicklung zeigt, Personen können Strukturen nicht ersetzen, sondern müssen diese aufbauen. Die Gründung des Gewerkschaftsrates ist der Versuch, die Gewerkschaftsorientierung zu einem Anliegen der gesamten Partei zu machen. Schaut man zu anderen europäischen Linksparteien, dann sticht im Hinblick auf gewerkschaftliche Verankerung vor allem die belgische *Partei der Arbeit* (PTB) hervor. Ihre Verankerung ist kein Zufall. Die Organisierung von Menschen, dort wo diese tätig sind, gehört seit vielen Jahren zum Selbst-



Heinz Bierbaum ist Präsident der Europäischen Linken, Ulrike Eifler ist stellvertretende Landessprecherin der Partei DIE LINKE in NRW und Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft, dem Jan Richter ebenfalls angehört. Er ist zudem Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei. Alle drei gehören dem Gewerkschaftsrat an.

verständnis der Partei. Der Anteil betrieblicher Basisgruppen stieg in den 2010er-Jahren um 150%, die Zahl der abhängig Beschäftigten in der Mitgliedschaft um 75%. Seit den Wahlen von 2014 verbuchte die Partei Rekordzahlen bei Gewerkschaft\*innen auf den Wahllisten. Dadurch gelang es ihr, eine kampagnengestützte Gewerkschaftsarbeit aufzubauen, die ein Verhältnis zu den gewerkschaftlichen Apparaten ebenso im Blick hat wie die Verankerung in den Betrieben. Der LINKEN fehlt bislang eine derartige politische Praxis.

## Gesamte Klasse in den Blick nehmen

Das Fehlen einer solchen Praxis prägte in den letzten Jahren auch die innerparteiliche Diskussion. Die Haltung der Industriegewerkschaften zu Fragen wie Kohle, Stahl oder Automobil galt oft als rückschrittlich. Der Kampf der Pflegekräfte, der Sozialarbeiter\*innen oder der Erzieher\*innen dagegen als fortschrittlich und unterstützungswürdig. Während DIE LINKE in den Pflegestreiks klar Position bezog und sich sichtbar auf die Seite der Beschäftigten stellte, gelang es ihr hingegen in den industriellen und dabei besonders in den ökologisch prekären Bereichen nur unzureichend, den Blickwinkel der Beschäftigten einzunehmen.

Natürlich war es richtig, dass die Partei die Proteste gegen die Abholzung des Hambacher Forstes unterstützte. Und sicherlich gibt es auch Gründe, die die Proteste gegen die Internationale Automobilausstellung IAA rechtfertigen. Doch der Beistand der LINKEN konzentrierte sich viel zu lange auf die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dagegen blieb der Widerspruch zwischen der ökologisch fatalen Rolle der Kohleindustrie und dem berechtigten Anspruch der dort Beschäftigten auf einen sicheren Arbeitsplatz lange unbearbeitet. In der Folge verengte sich die Diskussion über die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Verankerung auf die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die richtige und wichtige Unterstützung der Pflegestreiks wurde damit auch zu einer innerparteilichen Vermeidungsstrategie, die Rolle der LINKEN in einer widersprüch-

lichen Arbeitswelt auszubuchstabieren.

Gewerkschaftliche Verankerung funktioniert nicht, wenn sie die Widersprüche innerhalb der Klasse nicht thematisiert. Das strategische Dilemma der Partei schlägt sich nicht zuletzt in der Diskussion über die sozial-ökologische Transformation nieder. Sie wird innerparteilich häufig als Antwort auf den Klimawandel diskutiert, ohne dabei die schon seit längerem stattfindenden betrieblichen Transformationsprozesse in den Blick zu nehmen. Dass der ökologische Umbau in den Betrieben längst Realität ist und dabei im Zuge der Pandemie bereits knapp 180.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind (Destatis 2022), spiegelt sich in der innerparteilichen Debatte kaum wider.

Oft bleibt das Verhältnis der Partei zu diesen Entwicklungen zu abstrakt. Im Papier zur sozial-ökologischen Transformation, das die beiden Vorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow zum Jahresauftakt vorgelegt hatten, finden sich richtige sozialpolitische Forderungen. Doch sie wirken von der Arbeitswelt weitestgehend abgekoppelt, und die Gewerkschaften werden darin nicht einmal erwähnt. Doch Digitalisierung, Globalisierung und Dekarbonisierung sind Megatrends, die die Arbeitswelt mit bislang unbekannter Geschwindigkeit verändern. Sie lösen unter den Beschäftigten Angst vor Entqualifizierung und Jobverlust aus. Diese Entwicklungen sind ebenso Teil der aktuellen Entwicklung wie die existenzielle planetarische Zerstörung.

Eine kritische Diskussion darüber muss die gesamte Klasse in den Blick nehmen. Verbindende Klassenpolitik darf sich nicht nur mit der Arbeits- und Lebensrealität von prekär Beschäftigten, Pflegekräften oder Sozialarbeiter\*innen auseinandersetzen, sondern muss auch die Zukunftsängste derjenigen wahrnehmen, die vom Kohleausstieg, der Stahlkrise oder dem Umstieg auf die E-Mobilität betroffen sind. Und sie muss die Beschäftigten als handelnde Akteure in dieser Auseinandersetzung begreifen. Denn beim ökologischen Umbau der Industrie geht es nicht nur um Umweltaspekte, sondern auch darum, wie die Zukunft der Arbeit aussieht und wer sie gestalten kann.

## Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag

Der von der Ampelregierung beabsichtigte ökologische Umbau soll in erster Linie dem Markt überantwortet werden. Es wird auf betriebliche Modernisierungsstrategien gesetzt. Eine industrie- und energiepolitische Strategie im Interesse der gesamten Gesellschaft scheint die neue Bundesregierung noch viel weniger zu haben als die alte. So haben die Deregulierungsambitionen der Arbeitgeber über die Schaffung von Sonderwirtschafts- und Sonderplanungszonen Eingang in das Regierungsprogramm gefunden. Dass die Energiepreise derzeit durch die Decke gehen, bleibt von der Bundesregierung ebenfalls weitestgehend unbeantwortet. Hinzu kommt, dass den sozialpolitischen Rahmen für die aktuellen Transformationsprozesse nach wie vor die Hartz-Gesetze bilden, auch wenn man jetzt lieber von Bürgergeld spricht.

Doch derart komplexe Umbrüche, wie wir sie aktuell erleben, können nur auf der Basis eines ausgeprägten Vertrauens der Menschen in den Sozialstaat gelingen. Der drohende Absturz in den Hartz-IV-Bezug bei Verlust des eigenen Arbeitsplatzes baut dieses Vertrauen nicht auf. Und schließlich hat die Bundesregierung die Frage, wer den Umbruch bezahlen soll, durch ihren ausdrücklichen Verzicht auf die Wiedereinführung der Vermögensteuer klassenpolitisch klar beantwortet.

Ansätze dafür, die Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag zu führen und dabei den Blickwinkel der abhängig Beschäftigten einzunehmen, gibt es also genug. Doch dafür muss die Diskussion in der Partei weniger abstrakt geführt und stärker die Frage diskutiert werden, was die Gewerkschaften in den aktuellen Transformationskonflikten stärkt oder schwächt und welche Rolle DIE LINKE dabei spielen kann und muss.

## Strategischer Klärungsprozess

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, DIE LINKE steckt in einer existenziellen Krise. Strategische Fragen wie das Verhältnis zur SPD wurden bislang

nicht geklärt. Sie bringen die Partei in Positionsschwierigkeiten, je stärker sich die SPD nach links entwickelt. Die Abgrenzung der LINKEN zur Sozialdemokratie war ein historischer Moment, in dem die SPD durch ein neoliberales Regierungsprogramm in signifikantem Ausmaß an klassenpolitischer Verankerung verlor. Aus diesem Defizit die eigene klassenpolitische Verankerung zu ziehen war nur ein kurzfristiger historischer Augenblick. Er wurde ebenso wenig verstetigt wie die eigene Positionsbestimmung. Was ist der Markenkern einer sozialistischen Partei in einer Zeit planetarischer Zerstörung und der größten Gesundheitskrise seit dem Zweiten Weltkrieg? Wohin will DIE LINKE mit welcher Vision und wer sind dabei die Bündnispartner?

Dem aktuellen Transformationskorporatismus der Gewerkschaften steht ein Aufschwung ökologischer Protestbewegungen gegenüber. Diese politisieren vor allem die junge Generation, die anfängt sich auch in der LINKEN parteipolitisch zu organisieren. Dieser Prozess leitet einen strategischen Klärungsprozess innerhalb der Partei ein, der vor allem durch einen fehlenden Bezug zur Welt der Arbeit geprägt ist. Die vielen jungen Klimaaktivist\*innen tun der Partei mit ihrem ungestümen Engagement, ihrer politischen Ungeduld und ihrem hohen moralischen Kompass gut. Doch ihr fehlender Bezug zur Arbeitswelt prägt die Parteidebatte. So fordert die Bewegungslinke, eine innerparteiliche Strömung bewegungsaffiner junger Parteimitglieder, DIE LINKE solle sich endlich in den Dienst der Klimabewegung stellen. Dass die Industrie aber eine signifikante Rolle für das Gelingen der Mobilitäts- wie der Energiewende spielt und deshalb sozial-ökologisch umgebaut werden muss, wird in den klimapolitischen Diskursen oft unterschätzt. Eine Unterordnung der Partei unter die Klimabewegung würde daher den Abkoppelungsprozess der Partei von der Welt der Arbeit eher verstärken.

### Aufgaben des Gewerkschaftsrats

All das zeigt, die Konstituierung des Gewerkschaftsrates kann ein notwendiges innerparteiliches Element werden,

um im strategischen Klärungsprozess soziale und ökologische Fragen tatsächlich zusammenzubringen. Der Beschluss des Parteivorstandes sieht einen gewerkschaftspolitischen Dreiklang vor. Dieser besteht aus der Gründung eines Gewerkschaftsrates als gewerkschaftspolitischem Beirat. Hinzu kommt das Durchführen von Gewerkschaftsdialogen, also regelmäßigen Spitzengesprächen der Parteiführung mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften. Und schließlich die Organisation eines gewerkschaftspolitischen Ratschlages, um die Diskussion im Gewerkschaftsrat stärker in die Partei zu spiegeln. Zugleich hat der Parteivorstand den Landesverbänden die Übernahme dieser Struktur empfohlen. NRW ist dem bereits gefolgt. Weitere Landesverbände haben erste Schritte eingeleitet. Die Etablierung der Landesstruktur kann die Position des Gewerkschaftsrates auf der Bundesebene festigen.

Es gilt, den Dialog mit den Gewerkschaften zu befördern und die Welt der Arbeit stärker als bisher zum Bezugspunkt linker Politik zu machen. Ebenso notwendig wie die Unterstützung gewerkschaftlicher Kampagnen ist dabei ein kontinuierlicher Dialog mit haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafter\*innen einschließlich der Gewerkschaftsspitzen. Erforderlich ist eine solidarische wie kritische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Politik, wobei die Kritik am Transformationskorporatismus sicherlich ein wesentliches Element darstellt.

Es geht letztlich darum, die Gewerkschaften in der Wahrnehmung ihres politischen Mandates zu bestärken, das ihnen aus der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten zukommt. Doch ein Selbstläufer wird diese Arbeit sicher nicht werden. Vielmehr muss sich der Gewerkschaftsrat im Zuge der nächsten Monate seiner Rolle im strategischen Klärungsprozess der Partei bewusst werden, und zugleich von der Parteiführung als kompetent besetztes Beratungsgremium ernst genommen und eingebunden werden.

**express**

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 2-3/22 u.a.:

- Imke Heller: »Dann geben wir die Straße wieder zurück?« – Mit Organizing zum feministischen Streik
- ver.di-Betriebsgruppe Uniklinikum Düsseldorf: »Ja zum Impfen – Nein zur Impfpflicht« – Positionspapier
- Wolfgang Schaumberg: »Von nix kommt nix, nä?« – Möglichkeiten/Grenzen kritischer Betriebsratsarbeit
- Roland Kohsiek: »Weitgehend oder durchgehend prekär?« – Arbeitsbedingungen in (beruflicher) Weiterbildung
- Bernd Gehrke: »In Memoriam Memorial?« – Das Putin-Regime will die Schandflecken der Sowjetunion unkenntlich machen

**Probelesen?!** Kostenfreies  
Exemplar per eMail o. Telefon anfordern

**Niddastr. 64 VH, 60329 FFM**  
**express-afp@online.de**  
**www.express-afp.info**

**DIE  
SINNE  
SCHÄRFEN.  
JETZT  
TESTEN:**

**4 Ausgaben für 10 €**  
Bestellungen unter [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ak**

**analyse & kritik**  
Zeitung für linke Debatte und Praxis

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

